



WAHLRECHTSREFORM

CDU braucht Grüne für eine Klage

Für den CDU-Fraktionschef Hagel schreit die Wahlrechtsreform nach Verfassungsgericht - das Land solle eine Klage erwägen. Den grünen Koalitionspartner könnte das in die Bredouille bringen. Entsprechend schmallippig fällt die Reaktion aus.

VON SOPHIA WEIMER

STUTTGART. CDU-Fraktionschef Manuel Hagel wünscht sich, dass Baden-Württemberg gegen die Wahlrechtsreform der Bundesregierung klagt. Bei der Grünen-Fraktion beißt er damit allerdings auf Granit, und auch im Staatsministerium reagiert man eher verhalten. „Eine Landtagsfraktion kann nicht vor dem Bundesverfassungsgericht klagen. Landesregierungen können das“, sagte Hagel im Gespräch in Stuttgart. Dafür müsste die CDU aber die Grünen ins Boot holen – eine Bredouille, denn die Grünen sind im Bund in der Ampel-Regierung und somit selbst an der Reform beteiligt.

Hagel sagte nun, wenn ein Gesetz derart nach Verfassungsgericht schreie, dann erwarte er, dass Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) alle Optionen prüfe. „Auch wenn das für so manchen Grünen schmerzhaft sein mag, Ministerpräsident Kretschmann hat ja auch schon mehrfach gezeigt, dass die Parteicooleur nicht erste Triebfeder seiner Handlungen ist“, sagte

Hagel. „Diese Souveränität ist gut für unser Land. Darauf setze ich auch dieses Mal. Wenn es nach mir geht, sollte Baden-Württemberg mit Bayern zusammenklagen.“

Eine Sprecherin von Kretschmann sagte zu diesem Thema gestern: „Der Ministerpräsident hat bereits deutlich gemacht: Es ist nicht die Aufgabe der Exekutive, Wahlrechtsreformen zu machen oder zu bewerten – noch dazu solche im Bund.“ Im Übrigen stehe es auch Parteien offen, den Rechtsweg zu beschreiten, sagte sie. Aus der Grünen-Fraktion hieß es, für sie sei das kein Thema. „Eine Klage gegen die Wahlrechtsreform im Bund steht nicht auf der gemeinsamen Agenda unserer Koalition“, teilte ein Sprecher mit.

In der Bundeshauptstadt Berlin hat die Koalition aus SPD, Grünen und FDP eine Reform beschlossen, um den auf 736 Abgeordnete aufgeblähten Bundestag auf 630 Abgeordnete zu verkleinern. Nach diesem Modell kann es passieren, dass Kandidaten, die ihren Wahlkreis direkt gewonnen haben, das Mandat nicht bekommen – und zwar dann, wenn ihrer Partei nach dem Zweitstimmenergebnis weniger Sitze zustehen als sie Direktmandate geholt hat.

Leer ausgehen sollen auch Parteien, die nicht über die Fünf-Prozent-Hürde kommen. Dazu soll die sogenannte Grundmandatsklausel gestrichen werden. Bislang kommt eine Partei auch mit weniger als fünf Prozent der Zweitstimmen in den Bundestag, wenn sie mindestens drei Direktmandate holt. Die bayerische Staatsregierung und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben bereits angekündigt, vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu klagen.

Baden-Württembergs CDU-Landeschef Thomas Strobl kritisierte die Reform jüngst als „Schwächung des Südens“. „Das ist eine Reform, die der Demokratie mehr schadet, als sie der Demokratie nützt. Hier wird ein neues Wahlrecht geschaffen, indem diejenige oder derjenige, der vom Volk gewählt wird, unmittelbar und direkt, dann nicht mehr ins Parlament einzieht.“

Hagel sagte nun, die Ampel habe sich ein Wahlrecht nach eigenem Gusto zusammengesammelt. „Eine einfache gleichmäßige Reduktion der Wahlkreise und Listenmandate wäre das Richtige und Klarste gewesen, um das zu tun, was ja dringend nötig war: den Bundestag zu verkleinern“, sagte er. Der Vorschlag sei offenbar chancenlos gewesen. „Vielleicht, weil der SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil in

Niedersachsen in einem der Wahlkreise gewählt ist, der einer solchen Reform als erstes zum Opfer gefallen wäre.“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Axel Schäfer hatte als Kompromiss vorgeschlagen, die Fünf-Prozent-Hürde auf vier Prozent zu senken. Zum geplanten Wegfall der Grundmandatsklausel sagte er, dieser habe „aus allen Richtungen zu erheblicher Kritik geführt, die wir ernst- und aufnehmen müssen“. CSU-Chef Markus Söder erteilte dem Vorschlag allerdings bereits eine Absage.

Fraktionschef Hagel sagte weiter, das geplante Wahlrecht sei auf „Enttäuschung und Täuschung der Wähler“ angelegt. „Viele Wahlkreissieger werden nicht in den Bundestag einziehen – das ist eine noch nie da gewesene Ignoranz des Wählerwillens.“

Steffen Bilger, CDU-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Ludwigsburg, sagt dazu: „Der Bundestag muss verkleinert werden – das sieht auch die Union so und hat dazu einen eigenen Vorschlag gemacht. Die Entwertung der Wahlkreisstimme und die Abschaffung der Grundmandatsklausel sind jedoch falsch und schaden unserer Demokratie.“ Die Änderung des Wahlrechts sei die umfassendste in der Geschichte der Bundesrepublik; das, so Bilger, „macht man nicht gegen die Opposition.“ Die Ampel-Koalition „politisiert das Wahlrecht“. Eine verfassungsrechtliche Überprüfung in Karlsruhe sei „dringend geboten.“



„Das ist eine noch nie da gewesene Ignoranz des Wählerwillens.“

Manuel Hagel
CDU-Fraktionschef

WETTER

Kühle Karwoche



Kühl ging die Woche im Südwesten los, kühl geht sie weiter: Mindestens bis Ostern sollen die Tagestemperaturen maximal im niedrigen bis mittleren zweistelligen Bereich sein – wenn überhaupt. Nachts könnte es mitunter sogar frostig kalt werden. Im Bild ziehen dunkle Wolken über die Grabkapelle auf dem Württemberg in Stuttgart-Rotenberg. (red) Foto: Bernd Weißbrod/dpa

KURZ NOTIERT

Noch kein Fahndungserfolg

Die Polizei ist nach wiederholten Schüssen in der Region Stuttgart alarmiert, sie kann bislang aber noch keinen Fahndungserfolg verbuchen. Die Fälle ähnelten sich, deshalb würden auch Zusammenhänge geprüft, teilte das Landeskriminalamt gestern mit. Bei der Suche nach dem Täter oder den Tätern gebe es bislang aber nichts Neues. Zuletzt hatten mehrere Schüsse in Plochingen (Kreis Esslingen) für Aufsehen gesorgt. Dort wurde am frühen Sonntag der Wirt einer Shisha-Bar in der Nähe des Bahnhofs von einem Projektil getroffen und leicht verletzt. (lsw)

Bande von Kabeldieben gefasst

Die Polizei hat sechs Männer im Alter zwischen 17 und 46 Jahren wegen mutmaßlicher Kabeldiebstähle festgenommen. Bei Hausdurchsuchungen fanden die Beamten nach Angaben von gestern in Mannheim, Wies-

baden, Mainz und Frankenthal außer Tatwerkzeugen, Handys und zwei Fahrzeugen einen fünfstelligen Bargeldbetrag. Die Gruppe ging bandenmäßig vor. Die Männer sollen seit Herbst 2022 in Hessen und Rheinland-Pfalz einen Schaden in sechsstelliger Höhe verursacht haben, indem sie bei Firmen und städtischen Bauhöfen einbrachen und Leitungen entwendeten. (lsw)

Wasser läuft wieder problemlos

Nach einem folgenschweren Wasserrohrbruch bei Bauarbeiten in Villingen-Schwenningen läuft die Wasserversorgung wieder ohne Probleme. Es habe sich gezeigt, dass das Hauptrohr dem Druck standhalte, sagte eine Stadtsprecherin gestern. Schon seit Sonntag seien alle Haushalte wieder am Wassernetz. In der Stadt hatte der Unfall eines Baggers bei Bauarbeiten den Wasserrohrbruch verursacht. (lsw)

In eigenen Exkrementen gelebt

Rettung von Kleinhunden: 60 Zwergspitze in Südbaden beschlagnahmt

BADENWEILER. Bei einer Durchsuchung einer mutmaßlich illegalen Welpenzucht in Badenweiler (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald) sind rund 60 Zwergspitze beschlagnahmt worden. Wie die Tierschutzorganisation Peta gestern berichtete, waren die teilweise kranken Pomeranians in Käfigen eingesperrt und lebten in ihren eigenen Exkrementen. Die Kleinhunde seien über die sozialen Netzwerke vor allem in die Schweiz, nach Frankreich und in andere EU-Staaten verkauft worden. Die Hunde wurden in einem Tierheim untergebracht.

Nach Angaben der Polizei wird nun gegen die beiden Betreiberinnen im Alter von 61 und 32 Jahren ermittelt, weil sie

gegen das Tierschutzgesetz verstoßen haben sollen. Die Polizei sei über Hinweise aus der Bevölkerung auf die Zucht in einem Einfamilienhaus aufmerksam geworden.

Aufruf: Kein Kauf im Internet

Die Durchsuchung fand laut Peta Ende vergangener Woche statt. Die Tierschützer riefen dazu auf, Tiere niemals im Internet zu kaufen, denn viele angebotene Haustiere stammten aus Zuchtbetrieben mit ähnlichen Zuständen. Der Onlinehandel sei ein Millionengeschäft: „Um den systematischen Missbrauch in Zuchtanlagen zu stoppen, muss der Onlinehandel mit fühlenden Individuen endlich von der Bundes-



So niedlich sehen Zwergspitzwelpen aus. Dutzende ihrer Artgenossen sind jetzt im Südwesten gerettet worden. Archivfoto: dpa

regierung verboten werden“, forderte Peta. Die Organisation setzt sich nach eigenen Angaben auch dafür ein, Fälle von Tierquälerei aufzudecken. (lsw)

Viele wollen verbindliche Grundschulempfehlung

STUTTGART. Lehrer und Lehrerinnen weiterführender Schulen haben sich in Umfragen ihrer Berufsverbände mit deutlicher Mehrheit für die Wiedereinführung verbindlicher Grundschulempfehlungen ausgesprochen. Die Freigabe vor mehr als zehn Jahren ist seit jeher in Baden-Württemberg heftig umstritten. Das Thema dürfte auch heute eine Rolle spielen, wenn sich Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Kultusministerin Theresa Schopper (beide Grüne) öffentlich zur Unterrichtsversorgung äußern wollen.

Einigkeit bei meisten Lehrern

An der Umfrage des Real- und Lehrerverbands nahmen nach Angaben von gestern 4439 Lehrkräfte teil, von denen sich fast 85 Prozent gegen die derzeitige Regelung aussprachen. Eltern entscheiden selbst, auf welche weiterführende Schule ihre Kinder nach der Grundschule gehen. 1097 Lehrkräfte beteiligten sich an der Umfrage des Philologenverbands, der vor allem Gymnasiallehrerinnen und -lehrer vertritt. Fast 94 Prozent davon votierten für die Rückkehr zu einer verbindlichen Grundschulempfehlung.

„Die Freigabe der Grund-

schulempfehlung 2012 war ein Kardinalfehler in der baden-württembergischen Bildungspolitik, der den Abwärtstrend des schulischen Bildungserfolgs in BW deutlich verstärkt hat“, erklärte der Landesvorsitzende des Philologenverbands, Ralf Scholl. Die Rückmeldungen der Lehrkräfte seien von entlarvender Eindeutigkeit: „Wenn 80 Prozent der Lehrkräfte die ständigen Misserfolgserlebnisse der überforderten Kinder beklagen und ihre völlige Frustration, wenn sie dann – oft Jahre zu spät – endlich die Schularbeit wechseln, dann ist das auch eine heftige Anklage dagegen, dass auf diese Weise institutionalisiert Bildungsverlierer produziert werden, obwohl das vermeidbar wäre.“

Karin Broszat, Landesvorsitzende des Real- und Lehrerverbands, sagte laut Mitteilung: „Die Anzahl der durch die Unverbindlichkeit der Schulempfehlung mittlerweile gebrochenen Schulbiografien ist eklatant. Diese ideologisch fehlleitende Schulpolitik ‚versündigt‘ sich geradezu an ganzen Generationen von Schülerinnen und Schülern und muss ein Ende haben!“ (lsw)

MELDUNGEN

KRIMINALITÄT

Mitarbeiter soll Chef von Hotel umgebracht haben

FREUDENSTADT. Nach dem Fund zweier Leichen in einem Hotel in Freudenstadt gehen die Ermittler von einem Verbrechen aus. Ein 32-Jähriger, der dort arbeitete, soll den 58 Jahre alten Betreiber umgebracht haben, wie Polizei und Staatsanwaltschaft gestern mitteilten. Danach habe er seinem Leben ein Ende gesetzt. Details dazu nannte ein Polizeisprecher nicht. Die Hintergründe würden ermittelt.

Die Leichen der beiden Männer waren am Mittwoch entdeckt worden. Im Zimmer des 32-Jährigen, der mehrere Jahre in einem Betrieb in dem Hotel gearbeitet habe, hätten die Einsatzkräfte einen kleineren Brandherd festgestellt. Die Feuerwehr habe diesen schnell gelöscht. (lsw)

ZUSAMMENSTÖßE

Neun Verletzte: Zigarette wohl Ursache von Unfall



DORNSTETTEN. Bei einem Unfall im Kreis Freudenstadt sind neun Menschen verletzt worden, alle aber nur relativ leicht. Ein Auto war am Sonntagmittag auf der B28 in Dornstetten laut Polizei auf der Gegenspur in zwei entgegenkommende Fahrzeuge gekracht. Einer der beiden Wagen geriet wiederum auf die andere Fahrbahn und rampte ein weiteres Auto. Als Grund vermutet die Polizei eine Unaufmerksamkeit des 28-jährigen Unfallverursachers: Dieser habe offenbar seine Zigarette während der Fahrt aus der Hand fallen lassen und beim Wiederaufheben die Kontrolle über das Auto verloren. Den Sachschaden schätzte die Polizei auf 50 000 Euro. (lsw)

BRAND

Feuer in Keller wegen explodierter Batterie

KONSTANZ. Die explodierte Batterie eines Elektrogerätes hat einen Kellerbrand in Konstanz ausgelöst. Wie die Polizei gestern mitteilte, mussten die Bewohner bei dem Brand am Freitag aus dem Gebäude evakuiert werden. Sie wurden in der Mensa einer nahegelegenen Schule betreut. Nach Angaben der Feuerwehr konnten 20 Menschen unverletzt aus dem Gebäude gebracht werden.

Nach den Löscharbeiten fanden die Feuerwehrleute im Keller ein Elektrogerät, dessen Batterie explodiert war. Über die Art des Elektrogeräts machten Feuerwehr und Polizei keine Angaben. Auch die Schadenssumme war zunächst unklar. (lsw)

VANDALISMUS

Fast 30 Autos in einer Straße zerkratzt

STUTTGART. In einer Straße in Stuttgart sind am Wochenende 29 Autos zerkratzt worden. Laut Polizei von gestern entstand dabei ein Schaden von mehr als 10 000 Euro. Alle Autos waren am Straßenrand geparkt. Es war noch unklar, ob ein oder mehrere Täter für den Schaden verantwortlich sind. Die Polizei geht davon aus, dass die Wagen in der Nacht zu Sonntag beschädigt wurden, doch meldeten einige Autofahrer die Schäden erst Sonntagmittag. (lsw)

KONTAKT

Südwestredaktion
E-Mail: suedwestredaktion@lkz.de
Telefon: (07141) 130-354